

06.09.2012

Autobahnabfahrt Lichtendorf: Bürgermeister bittet heimische Abgeordnete um Hilfe

Schwerte. Nach der Ablehnung einer weiteren Autobahnabfahrt in Lichtendorf sowie zusätzlicher Direktrampen an der Anschlussstelle Schwerter der BAB A 1/B 236 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung startet Bürgermeister Heinrich Böckelühr einen weiteren Anlauf, um den seinerzeitigen einstimmigen Beschluss des Rates der Stadt Schwerte doch noch zu verwirklichen. In einem persönlichen Schreiben an die Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe (CDU), Oliver Kaczmarek (SPD), Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die Landtagsabgeordneten Ina Scharrenbach (CDU), Hartmut Ganzke (SPD), Susanne Schneider (FDP) und Herbert Goldmann (Bündnis 90/Die Grünen) informiert der Bürgermeister einerseits über die ablehnenden Entscheidungen aus Berlin. Andererseits kritisiert er, dass die in „Abstimmung mit dem Land NRW“ erfolgte „Haltung des Ministeriums für die Stadt Schwerte in jeder Hinsicht unbefriedigend“ sei und bittet die Parlamentarier über die Parteigrenzen hinweg „dringend um Mitwirkung“.

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Auch Ihnen als zuständiger Abgeordneter des hiesigen Wahlkreises ist die Situation auf der B 236 (Hörder Straße) hinlänglich bekannt. Die Stadt Schwerte leidet aufgrund ihrer geographischen Lage zum übergeordneten Straßennetz an einem nicht mehr hinnehmbaren Zufluss von Verkehrsströmen aus dem Umland. Ebenfalls ist anzumerken, dass die LKW-Verkehre auf der B 236 innerhalb des Stadtgebietes Schwerte in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben und zu einer weiteren Verschärfung des Verkehrsflusses auf dem klassifizierten Straßennetz beitragen.“

Angesichts der Tatsache, dass sich das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der B 236 wegen der in der Bürgerversammlung am 22. August vorgetragenen Bedenken der unmittelbar an die B 236 angrenzenden Wohnbevölkerung wohl noch einige Zeit hinziehen wird, sei es nicht hinnehmbar, dass das Bundesministerium wie auch das Land NRW darauf hinweisen, „zunächst die geplanten Ausbaumaßnahmen der B 236n abzuwarten“.

Heinrich Böckelühr weiter: „In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass die Stadt Schwerte im Rahmen des Lärmschutzes und der Feinstaubbelastung in der

Verantwortung steht, durch geeignete Maßnahmen die Bevölkerung zu schützen. Insoweit ergibt sich für alle beteiligten Stellen ein erhöhter Handlungsdruck, dem nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Behörden begegnet werden kann. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten auf die jeweilige Entscheidungsbehörde Einfluss nehmen würden, damit kurzfristig für die Stadt Schwerte Abhilfe geleistet und die Sache nicht auf die lange Bank‘ geschoben wird.“